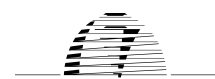




Bundestags- brief

Nr.44 • Die Woche im Bundestag • 26.09.2008



DEUTSCHER BUNDESTAG

**Prof. Monika
Grütters, MdB**

Tel.: 030/227 70222

Fax: 030/227 76223

monika.gruetters@
bundestag.de

www.monika-gruetters.de

Lehren aus der Finanzmarktkrise ziehen:

Mit Beunruhigung haben wir die neuen Hiobsbotschaften von den internationalen Finanzmärkten zur Kenntnis genommen. Insbesondere das unverantwortliche Verhalten des Risikomanagements und der Mangel an internen Kontrollen hat uns schockiert. Das Bundesministerium der Finanzen ist aufgefordert, die Finanzaufsicht über die KfW einer kritischen Prüfung zu unterziehen. Allerdings zeigt sich auch: Die deutsche Volkswirtschaft hat sich gegenüber der Finanzmarktkrise als bemerkenswert widerstandsfähig erwiesen. Sie verzeichnet ordentliche Wachstumsraten, die Zahl der Arbeitslosen tendiert gegen 3 Millionen und der staatliche Gesamthaushalt ist ausgeglichen. Dies verdanken wir den Menschen und Unternehmen, die in den vergangenen Jahren mit ihrem Einsatz die Wirtschaft gestärkt haben. Aber auch die Politik hat mit ihrem Kurs „Sanieren – Investieren – Reformieren“ hierzu einen beachtlichen Beitrag geleistet. Dennoch: Die aktuelle Finanzmarktkrise hat ihren Ursprung in einer leichtfertigen Kreditvergabe und unzureichender Aufsicht in den USA genommen. Daher haben die USA zunächst einmal ihre Probleme selbst zu lösen. Dennoch hat die Finanzmarktkrise auch in Deutschland Schwachstellen offengelegt, auf die die Marktteilnehmer und die Politik besonnen, aber bestimmt reagieren müssen. Dazu ist eine sorgfältige Problemanalyse erforderlich. Bereits auf G 8-Ebene und im Europäischen Rat hat daher Bundeskanzlerin Merkel wichtige Anstöße für unabdingbare Reformen im Finanzmarkt, wie eine erhöhte Transparenz und verbesserte Liquiditätsanforderungen gegeben. Eine gute Grundlage für Maßnahmen auf nationaler Ebene ist das Gutachten des Sachverständigenrats „Das deutsche Finanzsystem, Effizienz steigern – Stabilität erhöhen“, das aber einer kritischen Analyse bedarf. Schnellschüsse sind angesichts der Markturbulenzen auf jeden Fall der falsche Schritt. Insbesondere gilt es, die Transparenz zu erhöhen und die aufgedeckten Schwächen des

internationalen Finanzsystems durch nationale und internationale Maßnahmen zu beseitigen. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion unterstützt die von der Bundesregierung auf internationaler Ebene bereits erzielten Absprachen und fordert sie auf, auf ein einheitliches und abgestimmtes Vorgehen hinzuwirken.

Einheit feiern – Erinnerung an DDR-Diktatur wachhalten:

In der kommenden Woche jährt sich die Wiedervereinigung zum 19. Mal. Wir feiern an diesem Tag nicht nur die Aufhebung einer künstlichen Trennung unseres Landes, die teilweise tief durch Familien und Freundschaften ging, sondern vor allem die Wiedergewinnung der Freiheit für 17 Millionen Ostdeutsche. Die Wiedervereinigung ist das Verdienst der Millionen von Ostdeutschen, die furchtlos für ihr Recht auf Freiheit und Einheit eingetreten sind. Mit ihren Demonstrationen haben sie die SED-Diktatur zum Einsturz gebracht. Wir verneigen uns vor ihrem Mut und ihrem Einsatz. Unverzichtbar waren auch die Unterstützung unserer westlichen Verbündeten, insbesondere der USA, und das umsichtige Handeln von Bundeskanzler Helmut Kohl, der immer für die Einheit des deutschen Volkes eingestanden ist und den historischen Moment entschlossen und mit großer politischer Klugheit genutzt hat. CDU und CSU haben immer am Ziel der Deutschen Einheit festgehalten. Das unterscheidet uns von allen anderen Parteien.

Wirtschaftswachstum ist erfolgreichstes Konzept zur Armutsbekämpfung:

Der wirtschaftliche Aufschwung der vergangenen Jahre hat zu einer sichtbaren Verbesserung der sozialen Situation in Deutschland geführt. Der deutliche Rückgang der Arbeitslosigkeit hat nicht nur die Lohnschere wieder stärker geschlossen. Erstmals seit der Jahrtausendwende ist auch das Armutsrisiko wieder signifikant

zurückgegangen: So konnten deutlich über vier Millionen Menschen dank einer neuen Arbeitsstelle die Armutsrisikoschwelle, die Wissenschaftler zurzeit bei 890 Euro im Monat ansetzen, überwinden. Arbeitslosigkeit ist nach wie vor das größte Armutsrisiko. Das gilt in besonderem Maße für die Langzeitarbeitslosigkeit. Über 50 Prozent der Langzeitarbeitslosen befinden sich unterhalb der Armutsrisikoschwelle, dagegen nur gut 20 Prozent der kurzzeitig Arbeitslosen. Unter den Erwerbstätigen sind nur etwa 5 Prozent gefährdet, in Armut abzurutschen. Unter Rot-Grün ist die Gefahr, dauerhaft in Armut abzurutschen, deutlich gestiegen. Der aktuelle Wirtschaftsaufschwung hat auch in diesem Punkt deutliche Verbesserungen gebracht: Erstmals seit 2000 sind in den Jahren 2006 und 2007 wieder mehr Menschen aus dem armutsgefährdeten Bereich aufgestiegen, als „neue Arme“ hinzugekommen sind. Diese Zahlen belegen deutlich den Erfolg der von der Union maßgeblich mitgestalteten Arbeitsmarktreformen. Mit unserer Politik haben wir den Grundstein für die wirtschaftliche Erholung und den nachhaltigen Abbau der Arbeitslosigkeit gelegt. Das zeigt einmal mehr: Sozial ist, was Arbeit schafft. Höhere Transferzahlungen oder flächendeckende Mindestlöhne helfen dagegen nicht weiter, sondern vernichten Arbeitsperspektiven. Deswegen richtet die CDU/CSU-Bundestagsfraktion auch weiterhin ihre Arbeits- und Sozialpolitik daran aus, Arbeitslosigkeit entschieden zu bekämpfen und somit noch mehr Bürgerinnen und Bürgern die Chance auf ein selbstbestimmtes und eigenverantwortliches Leben zu geben. Die auf unserer Klausurtagung beschlossene Senkung des Beitrags zur Arbeitslosenversicherung auf 2,8 Prozent ist ein weiterer wichtiger Schritt in diese Richtung. Überdies fordern wir Arbeitsminister Scholz dazu auf, endlich die arbeitsmarktpolitischen Instrumente auf den Prüfstand zu stellen und nur die nachweislich wirksamen beizubehalten und zu verbessern.

Fachkräftemangel gezielt bekämpfen:

Angesichts des sich bereits deutlich abzeichnenden Fachkräftemangels, der sich im Zuge der demographischen Entwicklung weiter verschärfen wird, muss sich Deutschland im Kampf um die besten Köpfe weltweit richtig positionieren. Für die Union ist dabei klar: Zuwanderung muss gesteuert und bedarfsgerecht erfolgen. Das bewährte System der Vorrangprüfung stellt das richtige Instrumentarium für diese Steuerung

dar. Dagegen ist ein Punktesystem, das ausländischen Arbeitskräften ohne Nachweis eines konkreten Stellenangebots den Zuzug erlauben würde, inakzeptabel. Mit dem nun von der Bundesregierung eingebrachten Gesetzentwurf werden die Beschlüsse der Kabinettklausur in Meseberg umgesetzt. Damit wird der gesteuerte Zuzug Hochqualifizierter vereinfacht. Die hohen und zielgenauen Anforderungen verhindern, dass eine Einwanderung in die Sozialsysteme erfolgt und legen den Grundstein für eine erfolgreiche Integration der Zuwanderer. Für die CDU/CSU-Bundestagsfraktion ist auch klar: Die Qualifikation der hier lebenden Menschen, vor allem der Arbeitslosen, muss immer Vorrang vor Zuwanderung haben. Deswegen begrüßen wir die Nationale Qualifizierungsinitiative von Bundesbildungsministerin Annette Schavan, die einen wesentlichen Beitrag zur Sicherung des Fachkräftenachwuchses leisten wird.

Anhebung der ALG II-Sätze teuer und kontraproduktiv:

Die von Grünen, Linkspartei, Wohlfahrtsverbänden und Gewerkschaften geforderte Anhebung des ALG II-Regelsatzes auf 420 Euro monatlich würde Mehrkosten in Höhe von 10 Milliarden Euro pro Jahr verursachen. Gleichzeitig stiege die Zahl der „Hartz-IV-Empfänger“ um bis zu 2 Millionen. Wegen des verminderten Anreizes zur Aufnahme einer eigenen Beschäftigung entstünden überdies voraussichtlich weitere Kosten infolge von Steuerausfällen. Der schon heute kaum mehr vorhandene Abstand zu den niedrigsten Löhnen würde weiter schrumpfen. Auch die ebenfalls geforderte Einführung einer bedingungslosen Kindergrundsicherung in Höhe von 300 Euro pro Monat würde immense Mehrkosten in Höhe von voraussichtlich 18 Milliarden Euro verursachen, ohne die allgemeine Armutsrisikoquote zu senken. Für wesentlich zielführender und kosteneffizienter halten Forscher gezielte Maßnahmen zur Bekämpfung von Kinderarmut, wie beispielsweise die unlängst verabschiedete Erhöhung des Wohngelds und die Ausweitung des Kinderzuschlags.

(Quelle: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung)

Zu guter Letzt:

Mein Spruch der Woche

Wenn die anderen glauben, man ist am Ende, so muss man erst richtig anfangen...
(Konrad Adenauer)